

Öffentliche Sitzung
 des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses/Bau- und
 Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 20.07.2022
 im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 19:04 Uhr

Anwesend:

Verwaltung

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold
 Herr Erster Bürgermeister Christian Baron
 Herr Bürgermeister Julius Mihm

stellv. Gremienmitglied

Herr Stadtrat Johannes Barth

Gremienmitglied

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer
 Herr Stadtrat Martin Bläse
 Herr Stadtrat Helmut Geiger
 Herr Stadtrat Thomas Kaiser
 Herr Stadtrat Christian Krieg
 Herr Stadtrat Thomas Maihöfer
 Herr Stadtrat Christof Preiß
 Herr Stadtrat Paul Schneider
 Herr Stadtrat David Sopp
 Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl
 Frau Stadträtin Brigitte Weiß
 Herr Stadtrat Gabriel Baum
 Herr Stadtrat Thomas Krieg
 Herr Stadtrat Karl Miller

stellv. Gremienmitglied

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Gremienmitglied

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert
 Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Abwesend:

Gremienmitglied

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle
 Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Alessandro Lieb
 Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab
 Herr Stadtrat Johannes Zengerle
 Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
 Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder
 Frau Stadträtin Karin Rauscher
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-

16:58 Uhr - 17:45 Uhr.

Frau Stadträtin Brigitte Abele
 Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski
 Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Johannes Weiß

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt
 bis 18:00 Uhr
 Herr Burkhard Bantel
 Frau Melanie Bihlmaier
 Herr Helmuth Caesar
 Herr Gerhard Hackner
 Herr Jürgen Musch
 Herr Helmut Ott
 Herr Dieter Popp
 ab 17:40 Uhr
 Frau Regina Stöckle
 Frau Franka Zaneck

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

Tagesordnung

=====

- 1** Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 162 D III "Am Universitätspark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- 2** Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen der Stadt Schwäbisch Gmünd vom 07.07.2021
hier: Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2022/2023 und Erhöhung der Schließtage
- 3** Anmietung von Räumlichkeiten Bauprojekt Wohnen in den Fehrle-Gärten für die neue städtische Kindertageseinrichtung „Kinderhaus Fehrle-Gärten“
- 4** Bekanntgaben
- 5** Anfragen
- 5.1** Gaslieferstopp
- 5.2** Waldauer Straße

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 162 D III "Am Universitäts-park", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 141/2022**

Protokoll:

Herr Ostmann präsentiert den Sachverhalt. Er erläutert außerdem die Wärme- und Energieversorgung (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Vortrag. Er lobt die Vorgehensweise. Man solle nach vorne schauen und Zeichen setzen. Er sei sehr dankbar, dass man diesen Weg gehen wolle.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung. Im Quartier könne man sein Leben verbringen, es sei gut durchdacht und es sei ein Vorzeigeprojekt. Die Miete sei gut kalkulierbar, die Energiekosten seien sehr gering. Er erkundigt sich nach der Umsetzung des Kreisverkehrs. Das Müllkonzept sei eine gute Sache. Er erkundigt sich nach dem Anteil des bezahlbaren Wohnraums. Er weist darauf hin, dass beim Thema der Kindertagesstätten (Kita)-Küche nicht nochmals derselbe Fehler passiere, diese sei bisher nicht inkludiert. Außerdem erkundigt er sich, wo die beiden Tiefgaragen-Stellplätze für die Kita seien, im Plan seien diese nicht zu finden. Außerdem erkundigt er sich, ob es beim Baubeginn bleibe und wann der erste Bauabschnitt fertiggestellt sei. Zudem möchte er wissen, ob man örtliche Firmen bei der Umsetzung benötige.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass sich der Kreisverkehr momentan nicht verwirklichen lasse, da die Eigentumsverhältnisse es nicht hergeben würden, man sei aber dran. Das Thema bezahlbarer Wohnraum spiele nur beim UWE-Gelände eine Rolle, da dieses erst nach dem Beschluss geplant worden sei.

Herr Ostmann führt aus, dass das Müllkonzept sehr innovativ sei, daher übernehme man dies gerne. Für die Kita habe man das Erdgeschoss vorgesehen, es gebe eine gute Anbindung. Grundprinzip sei, das Auto so weit wie möglich von den Menschen, die nicht im Auto seien, fernzuhalten. Man wolle den Zufahrtsverkehr auch nur noch für Leuten zulassen, die ein berechtigtes Interesse hätten, man habe dann ein sehr ruhiges Quartier. Idealerweise wolle man mit den örtlichen Firmen zusammenarbeiten.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Vorstellung. Die Planung sei sehr gut durchdacht. Er sei auch begeistert, weil er seit zwölf Jahren in dem Gremium sei und man schon lange über die Ideen diskutiere. Er bittet um eine Visualisierung der Tallandschaft. Grundsätzlich könne man der Gestaltung zustimmen. Er erkundigt sich, wie man beim derzeit noch teureren Holzbau eine verträgliche Miete

hinbekomme. Es sei ein Feuerwerk an architektonischen Ideen in den Planungen enthalte. Er findet das Konzept des oberirdischen Parkhauses sinnvoll, da dieses bei einer Veränderung des Bedarfs auch einer anderen Nutzung zugeführt werden könne.

Herr Ostmann antwortet, dass man Fehler vermeiden müsse. Daher müsse man auch mehr komprimierte Fläche anbieten. Ziel sei, so viel wie möglich erlebbare Fläche zu haben. Fassaden usw. seien Gewerke, die man auch an örtliche Firmen vergeben könne. Die Auslastung in der Bauindustrie sei aktuell noch sehr hoch. Die Kalkulation der Mieten basiere auf vergleichbaren Mieten in Schwäbisch Gmünd.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es wichtig sei, dass Verantwortung für die Räume übernommen werde.

Stadtrat Schwab/SPD spricht ein Lob aus. Es sei ein Leuchtturm für nachhaltiges und klimafreundlicheres Bauen. Er erkundigt sich, wo die erneuerbare Energie herkommen solle. Er spricht ein Lob für den Mut zur Höhe aus, sodass man den Flächenverbrauch reduziert habe. Auch die soziale Durchmischung, vor allem im Hinblick auf die Demografie, sei super. Er erkundigt sich wie es mit dem bezahlbaren Wohnraum sei? Im Bebauungsplan sei nichts zu finden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es entsprechend des gefassten Beschlusses umgesetzt werde.

Stadträtin Heusel/SPD weist darauf hin, dass im Entwurf des städtebaulichen Vertrages stehe, dass der Investor bestrebt sei, jedoch keine vertragliche Verpflichtung daraus entstehe.

Herr Popp antwortet, dass der bezahlbare Wohnraum 2020 beschlossen worden sei, die Planung des Projekts sei bereits vorher erfolgt. Daher wolle man den Beschluss im zweiten Abschnitt umsetzen.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass der erste Abschnitt das TSB-Areal sei, der zweite Abschnitt das UWE-Areal. Dort werde es dann auch umgesetzt.

Herr Ostmann führt aus, dass man bei den erneuerbaren Energien zum einen eine Photovoltaikanlage, aber auch die Wasserstoffbrennstoffzelle habe.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass man auch beim Elektrolyseur erneuerbare Energien benötige. Habe man hierfür dafür ausreichend Kapazität für erneuerbare Energien auf dem eigenen Gelände?

Herr Ostmann antwortet, dass man den Wasserstoff entweder über die Pipeline oder über die eigene Herstellung erhalte. Als drittes Element habe man eine Wärmepumpe.

Herr Stefan Preiß führt aus, dass das Konzept leider nicht endgültig fertig sei, der Grund liege in der Bürokratie. Man habe es geplant und hoffe, es so auch umsetzen zu können. Man wolle das Wasser aus dem Buchstollen um drei Grad Celsius abkühlen, dies sei auch ein Vorteil für die Natur. Die Fußbodenheizung werde man zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien umsetzen. Bis 45 Grad Celsius sei eine Wärme-

pumpe sinnvoll. Die derzeitige Auflage sei jedoch, dass man das Wasser bis zur Trinkwasserqualität reinigen müsse, dies sei ein großer Invest. Es sei aber aktuell in einer Task Force im Landtag, dass die Regelung abgeändert werde. Alternative B wäre, mit Erdsonden zu arbeiten. Man bräuchte jedoch 150 Erdsonden, dies sei eine deutlich schlechtere und kostspieligere Lösung.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man verschiedene Regelungen, die nicht mehr in die heutige Zeit passen, anpassen müsse.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE ist begeistert und wünscht dem Projekt viel Erfolg. Dies zeige, dass solche Projekte möglich seien.

Oberbürgermeister Arnold hofft ebenfalls auf eine Umsetzung.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass das Projekt zukunftsweisend und nachhaltig sei. Sie hoffe, dass es trotz steigender Zinsen umgesetzt werden könne.

Stadtrat Majohr/FDP/FW schließt sich den Vorrednern an und begrüßt das Projekt.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Kita erst im zweiten Abschnitt geplant sei, dieser sei noch nicht konkret geplant. Er erkundigt sich, wo die Kinder seither hingehen würden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man derzeit in den Planungen sei. Man sei sehr dankbar, dass die Kita aufgenommen worden sei.

Herr Braun antwortet, dass der zeitliche Versatz nicht so groß sein werde, da man mit Vollgas in die Planung einsteige. Dieser werde ca. ein Jahr betragen.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Wortmeldungen. Außerdem macht er auf das Thema Unicorn HQ aufmerksam.

Herr Ostmann präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold bringt zum Ausdruck, dass davon ein wichtiger Impuls ausgehen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 2 **Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen der Stadt Schwäbisch Gmünd vom 07.07.2021
hier: Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2022/2023
und Erhöhung der Schließtage
Vorlage: 134/2022**

Protokoll:

Frau Stöckle präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Christian Krieg/CDU äußert, dass in ihm zwei Herzen schlagen würden. Als Mitglied der CDU-Fraktion könne er den Beschlussantrag nachvollziehen, aus Sicht als Vater würden auf die Familien steigende Stromkosten, Lebenshaltungskosten und Zinssteigerungen beim Bauen zukommen. Eine Erhöhung der Elternbeiträge sei schmerzhaft, man könne es aber gerade noch mitmachen. Man müsse schauen, dass man den Grad nicht überspitze. Er schlägt die Brücke zu Stadträtin Heusel, die schon lange Unterstützung von Seiten des Landes fordere. Die Erhöhung der Schließtage von auf 30 sei nachvollziehbar. Er erkundigt sich, ob die zusätzlichen Tage individuell festgelegt werden könnten.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass man auch Arbeitgeber sei, man sei daher zur Fürsorge verpflichtet.

Frau Stöckle äußert, dass es noch keine abschließenden Regelungen gebe, die Reenerationstage seien jedoch wie Urlaubstage individuell planbar.

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich, ob die Regelung nur die städtischen oder alle Einrichtungen betreffe.

Frau Stöckle antwortet, dass es im Geltungsbereich des TVöD liege, die Kirchen aber schon angedeutet hätten, sich anzugleichen.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Kirchen evtl. etwas später die Regelung umsetzen werden, es komme aber auf jeden Fall. Es sei ein sehr schwieriges Thema, die Familien seien belastet. Er erkundigt sich nach der Regelung bei den Ausfallzeiten.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es eine Regelung gebe, man schaue, dass Ausfallzeiten nicht zustande kommen würden. Man verstehe die Situation, aber die Erhöhung der Verpflegungsbeiträge federe die Stadt zu 100 Prozent ab.

Frau Stöckle erläutert, dass die Grenze der Aufsichtspflicht teilweise erreicht sei, hier müsse man diskutieren.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass es mehr Engagement von der Landesregierung brauche. Man dürfe die Eltern nicht noch mehr belasten. Die zusätzlichen Schließzeiten seien für Eltern eine große Herausforderung, man werde es in der Fraktion daher nochmals besprechen.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass man nur schließe, wenn es nicht anders gehe.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE äußert, dass man die Erhöhung der Kita-Gebühren ablehne, auch andere Fraktionen würden mit sich ringen. Es gehe um eine grundsätzliche politische Entscheidung. Aus dem Blickwinkel der Fraktion müsste Bildung für

jeden kostenfrei sein. Man solle das Unmögliche möglich machen. Andere Bundesländer würden es vormachen. Er weist auch auf den Personalmangel hin. Der Tarifvertrag werde hoffentlich seine Wirkung entfalten.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, wenn man mehr Geld für die Erzieher fordere, aber keine Erhöhung der Kita-Beiträge, dann müsse man auch sagen, woher man das Geld nehmen solle. Man müsse dann andere Projekte streichen. Schulden könne man nicht aufnehmen.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE regt an, die Landtagsabgeordneten einzuladen.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass man dann trotzdem sagen müsse, woher man das Geld nehme.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass die Erhöhung moderat sei. Wenn man die Schließtage ebenfalls einbeziehe, werde die Erhöhung jedoch höher. Sie gehe von einer Zustimmung der Fraktion aus.

Stadtrat Majohr/FDP/FW signalisiert Zustimmung.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass vor allem Alleinerziehende auf die Betreuung angewiesen seien. Es habe nicht jeder 30 Urlaubstage. Alleinerziehende bräuchten am meisten die Betreuung. Es habe nicht jeder 30 Urlaubstage.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass die Lösung nicht einfach sei. Die Verwaltung habe 30 Urlaubstage und Kinder könnten auch mitgebracht werden.

Frau Engelhardt (Elternvertreterin) führt aus, dass 30 Schließtage nicht auf Freude stoßen würden. Nicht jede Mutter habe 30 Urlaubstage. Der soziale Aspekt solle nicht darunter leiden. Wenn man Urlaubstage verplane. Sie schlägt vor, dass die Eltern die Kinder variabel herausnehmen könnten, sodass es ein flexibles Modell sei. Was verstehe man unter Schließtagen außerhalb der Urlaubsproblematik? Auch bei Betriebsausflügen seien die Einrichtungen geschlossen, dies sei nicht nachvollziehbar.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass das Modell nur funktioniere, wenn die Eltern eine ähnliche Vorstellung hätten.

Frau Stöckle ergänzt, dass man eine Planungssicherheit benötige. Die städtischen Einrichtungen hätten 30 Schließtage, Betriebsausflüge würden nicht zu Schließzeiten führen.

Frau Engelhardt (Elternvertreterin) äußert, dass es in kirchlichen Einrichtungen anders sei.

Frau Stöckle antwortet, dass die Kirchen sich größtenteils nach den städtischen Einrichtungen richten würden. Man habe außerdem die Möglichkeit, das Kind vier Wochen im Sommer in den großen Häusern betreuen zu lassen. Das Angebot gelte für den ü3-Bereich, im u3-Bereich sei dies aufgrund der starken Bindung zu den Erzieherinnen und Erziehern nicht umsetzbar.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Anmietung von Räumlichkeiten Bauprojekt Wohnen in den Fehrle-Gärten für die neue städtische Kindertageseinrichtung „Kinderhaus Fehrle-Gärten“
Vorlage: 146/2022**

Protokoll:

Herr Arnholdt führt in den Sachverhalt ein.

Herr Wehle präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich, wie die Außenanlage an die Stadt übergeben werde und wie viele Stellplätze für die Kita geplant seien, da die Mitarbeiter Parkplätze bräuchten. Außerdem sei es sehr wichtig, dass die Küche mit dabei sei.

Herr Arnholdt antwortet, dass die Möblierung von der Stadt finanziert werde, dies sei im Haushalt berücksichtigt. Man habe zwei Stellplätze, auch in anderen Kitas hätten nicht alle Mitarbeiter einen Stellplatz. Es müssten auch nicht alle mit dem Auto kommen.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass er an der Baustellenführung teilgenommen habe. Der Innenbereich sei wunderbar geplant. Er erkundigt sich nach dem Profil der altersgemischten Gruppen, da dies ein Auslaufmodell sei.

Herr Arnholdt antwortet, dass man damit flexibler sei, auch Krippenplätze anzubieten. Wie man die Plätze belege, orientiere man am Bedarf.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass es ein gut durchdachtes Projekt sei. Sie erkundigt sich nach der Kaltmiete.

Herr Bantel antwortet, dass man 70.000 Euro in die Außenanlage und 100.000 für die Erstausrüstung eingeplant habe, 100.000 Euro würden noch für Mieten hinzukommen. Der Mietzins liege bei 13,50 Euro pro Quadratmeter.

Herr Arnholdt betont, dass man von dem Projekt überzeugt sei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Stadt Schwäbisch Gmünd mietet die Räumlichkeiten und Flächen im Außenbereich für die Kindertageseinrichtung Fehrle-Gärten von der Landes-Bau-Genossenschaft Württemberg eG mit einer Laufzeit von 30 Jahren zzgl. Verlängerungsoption zu marktüblichen Konditionen an.
2. Zur Finanzierung der für den Betrieb notwendigen Küche wird für das Haushaltsjahr 2023 eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 100.000 € bei der Investitionsnummer 3650E-0012 genehmigt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine.

zu 5 Anfragen

zu 5.1 Gaslieferstopp

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich, wie die Stadt sich auf einen möglicherweise eintretenden Gaslieferstopp vorbereite.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man eine Arbeitsgruppe eingerichtet habe. Es gebe aktuell keine gesicherten Erkenntnisse, am 22.07.2022 werde man mehr wissen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:

nachrichtlich an Amt: 65

zu 5.2 **Waldauer Straße**

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, wann die Waldauer Straße wieder der normalen Bestimmung zugeführt werde. Dies sei eine große Belastung.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man sich erkundigen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: